

BAUWIRTSCHAFT UND BAURECHT

AUSSTELLUNGEN · MESSEN
WOCHENBEILAGE ZUR DEUTSCHEN BAUZEITUNG

NR.

15 BERLIN
1. MAI

1929

HERAUSGEBER: REGIERUNGS-BAUMEISTER FRITZ EISELEN ■ ■ ■
ALLE RECHTE VORBEHALTEN / FÜR NICHT VERLANGTE BEITRÄGE KEINE GEWÄHR

WICHTIGE AUFGABEN DER GEGENWART UND ZUKUNFT AUF DEM GEBIET DES DEUTSCHEN WOHNWESENS

AUS DEM VORTRAG VON STAATSEKRETÄR SCHEIDT

AUF DEM SCHINKELFEST DES A. I. V. B. AM 13. MÄRZ 1929

Mit einem Nachwort von Reg.-Baumeister a. D. Ernst Runge, Berlin

Der auf dem Schinkelfest des Architekten- und Ingenieurvereins Berlin gehaltene Festvortrag des Staatssekretärs Scheidt vom preuß. Ministerium für Volkswohlfahrt war mehr als eine Festrede; es war ein Programm und gleichzeitig eine Rechtfertigung der bisherigen Regierungspolitik. Die Anwesenheit der Minister Hirtsiefer und Höpker-Aschoff gab der Rede besondere Bedeutung und unterstrich die Wichtigkeit, die diese für die versammelten Vertreter der gesamten Bauwirtschaft hatte.

Redner führte aus:

Die Kunst Schinkels, den man sich im allgemeinen nur als den Schöpfer monumentaler Bauten vorstellt, hat mehr, als üblicherweise zugegeben, auch mit dem heutigen Wohnungsbau und mit der Bauwirtschaft zu tun; und darum ist die Verknüpfung des Namens Schinkel mit bauwirtschaftlichen Problemen heute auch gerechtfertigt.

Um die heutige Bauwirtschaft zu verstehen, ist ein Rückblick auf die Vorkriegswirtschaft nötig: Die ungeheure Aufgabe, die schnell wachsende Bevölkerung der Großstädte und Industriezentren mit Wohnungen zu versorgen, ist vor dem Kriege fast ohne staatliche und kommunale Hilfe von der Privatwirtschaft gelöst worden. Trotz dieser, in erster Linie quantitativ erheblichen Leistung hatte die private Bautätigkeit zwei wesentliche Mängel: Sie konnte sich niemals streng richten nach dem tatsächlichen Bedarf; sie bevorzugte in erster Linie Objekte mit günstiger Rentabilität! — Der erste Mangel — verstärkte Bautätigkeit in Zeiten rückläufiger industrieller Konjunktur und umgekehrt — erklärt den in vielen Bezirken vorhandenen gewesenen Wohnungsüberfluß. Der zweite Mangel hatte eine Vernachlässigung des Klein- und Kleinwohnungsbaues zur Folge. Die Unterstützung gerade des Kleinwohnungssystems durch gemeinnützige Baugesellschaften reichte nicht aus, um den vorhandenen Bedarf zu decken.

Wenn nach dem Kriege die ganze Bauform infolge der privaten Bautätigkeit zu sehr berechtigten Bedenken Anlaß gab — die die gegebenen Möglichkeiten zu ihrem eigenen Nutzen, soweit es irgend möglich war, ausnutzte —, so kann man nicht der Privatwirtschaft Schuld geben, sondern der öffentlichen Stelle, die die Bauordnungen aufgestellt und damit die Höchstgrenze festgelegt hatte. Wenn die Wirtschaft die ihr gegebenen Möglichkeiten ausnutzt, so war das ihre Pflicht, aber keine Schuld.

Um nun die Mißstände, insbesondere den Mangel an Kleinwohnungen, infolge des Stillstehens der Bautätigkeit nach dem Kriege nicht wachsen zu lassen, führte man die Zwangswirtschaft ein, ohne die heute eine verständige Wohnungspolitik unmöglich wäre. Sie ist auch die Grundlage der Unterstützung der Neubautätigkeit durch öffentliche Mittel; ohne sie wäre das Bauprogramm Preußens — rd. 180 000 Wohnungen im Jahre — unmöglich, ein Bauprogramm, das 40 000 Wohnungen jährlich mehr vorsieht, als Preußen an Haushaltungen zunimmt. Da die gesamte Fehlziffer an Wohnungen 280 000 bis 300 000 Wohnungen beträgt, wird in etwa sieben Jahren das Manko aufgeholt sein,

sofern die bisherigen Hauszinssteuermittel weiter fließen.

Die außerdem notwendigen Realkredite werden voraussichtlich aufgebracht werden können, da sich das Sparkapital, infolge der dauernden Krise unserer Industrie, in erfreulichem Maße dem Pfandbriefmarkt und der Spartätigkeit wieder zuwendet.

Ebenso wichtig ist eine verständige Bodenwirtschaft. Gerade die Gemeinden, deren Aufgabe es sein sollte, den zum Bau notwendigen Grund und Boden billig und in ausreichender Menge zu liefern, verteuern diesen oft durch Bodenspekulationen.

Die Einwendungen gegen diese Grundlagen heutiger Wohnungspolitik, die oft erhoben werden, können jederzeit durch die Tat widerlegt werden: Eine Beseitigung der Zwangswirtschaft wäre das größte nationale Unglück. Die Behauptung, daß die Bauten der gemeinnützigen Bautätigkeit technisch und künstlerisch minderwertig seien, ist heute, nachdem es wieder einwandfreies Baumaterial zu angemessenen Preisen gibt, falsch und durch die Tatsachen überholt. Wenn Vorwürfe erhoben werden können, dann nur da, wo „gemeinnützige Gesellschaften“ nur dem Namen nach „gemeinnützig“ sind.

Selbstverständlich ist es, daß Neubauten heute sowohl technisch einwandfrei sind als auch künstlerisch, obwohl man über Kunstfragen streiten kann. Aber seitdem auch die gemeinnützige Bautätigkeit im wesentlichen durch die provinziellen Wohnungsfürsorgegesellschaften betreut wird, wird auch das Kleinhaus und die Kleinwohnung künstlerisch besser hergestellt, als vor dem Kriege, wo man diese Frage als unwichtig ansah. Der „Polierstil“ hat heute keine Daseinsberechtigung mehr, am wenigsten beim Kleinwohnungsbau. Dieser Fortschritt ist in erster Linie den Wohnungsfürsorgegesellschaften und der gemeinnützigen Bautätigkeit zu danken.

Eine Aufhebung der Zwangswirtschaft aber hätte eine ungeheure Steigerung der Mieten zur Folge, die bei einer freien Bauwirtschaft mindestens den vierfachen Betrag der Friedensmieten erreichen würden.

Die nur durch die Zwangswirtschaft mögliche billige Miete — auch der Neubauwohnungen — ist mehr oder weniger der einzige Aktivposten unserer heutigen Volkswirtschaft.

Wenn unnützerweise bis heute noch die Mietskaserne als Wohnform auch in den Großstädten herrscht, so ist die Förderung des Flachbaues eine Notwendigkeit, an der festgehalten werden muß, wenn er auch nur in Außenbezirken und nur in den Städten möglich ist, in denen eine zweckmäßige Bodenpolitik Grund und Boden beschafft hat.

Eine Förderung der Neubautätigkeit durch Rationalisierung der Baumethoden dagegen — so notwendig eine Senkung der Baukosten durch zweckmäßige Gestaltung des Bauvorganges auch ist — verspricht wenig Erfolg. Bisher ist noch nichts erfunden, was gegenüber dem alten braven Ziegelbau sich als besser und billiger herausgestellt hat. Nichts kann die übertriebenen Hoffnungen auf eine Rationalisierung besser dämpfen, als die Tatsache, daß Amerika zwar am meisten

rationalisiert hat, aber die schlechtesten und teuersten Wohnungen besitzt.

Um aber den Flachbau weit draußen vor dem Häusermeer der Großstadt zu fördern, ist besonderes Gewicht auf eine Förderung der Verkehrsverhältnisse zu legen.

Endlich aber ist auf das sehr wichtige Gebot Wert zu legen, eine besondere Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien zu treiben. Der erschreckende Geburtenrückgang, besonders in Großstädten, und ganz besonders in Groß-Berlin, — Berlin ist die unfruchtbarste Stadt der Welt! — kann unmöglich vom völkischen Standpunkt aus ruhig mitangesehen werden. Um ein langsames Sterben des deutschen Volkes zu verhüten, um den allmählich gefahrvoll werdenden Geburtenrückgang zu bekämpfen, ist als eines der wichtigsten Mittel das Wohn- und Siedlungswesen zu nennen und zu fördern. In erster Linie auch aus rein völkischen Gründen ist daher der Flachbau und die ländliche Siedlung zu bevorzugen; der erstere, weil erwiesenermaßen die Geburtenfreudigkeit der dort wohnenden Familien größer ist als in Hochbaugebieten; die zweite, um einen weiteren Abfluß der ländlichen Bevölkerung in die Großstädte zu verhindern. Allgemein aber ist die Wohnungsnot mit allen Mitteln zu bekämpfen, da die 500 000 wohnungslosen Familien mehr oder weniger kinderlos sind und bleiben. Es ist eine Selbst-erhaltungspflicht des deutschen Volkes, durch eine ausgedehnte Wohnungsfürsorge die Geburtenfreudigkeit zu heben. Gegenüber der großen völkischen Gefahr, die uns durch die östliche Zuwanderung in immer stärkerem Maße bedroht und die den Zeitpunkt ahnen läßt, wo Deutschtum und Deutschsein vielleicht nur einen gewissen Raritätswert bilden, ist die Wohnungsfrage heute die soziale Frage, für die Zukunft aber eine Schicksalsfrage Deutschlands und des Deutschtums. —

Dies der Gedankengang des Vortrages. — Wenn einer der leitenden Männer des preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt anlässlich des Schinkel-festes gewissermaßen eine Rechtfertigung der Regierungspolitik gibt, so bedeutet das mehr, als wenn im Preußenparlament vor einer Versammlung unsachverständiger Parteipolitiker irgendeine Parteidrede vom Stapel gelassen wird.

Daher muß ein solcher Vortrag eingehender gewürdigt werden, und die Person des Staatssekretärs Scheidt, sicher einer der bedeutendsten und maßgebendsten Berater des Ministers, fordert ganz besonders dazu heraus, aufmerksam die vorgetragenen Gedanken zu wägen: denn sie scheinen viel mehr Programmatiches andeuten zu wollen, als es die nüchternen Worte beim Hören vermuten lassen.

Sieht man von den Gedanken ab, die mehr oder weniger sich um die Person und die Bedeutung Schinkels rahmen, so fällt als erster Ideenkreis die Schilderung unserer Vorkriegsbauwirtschaft in die Augen.

Und da ist es bedeutungsvoll, bedeutungsvoll vor allem für den Verfechter der privaten Bauwirtschaft, daß von einem Vertreter des Ministeriums, das bisher die mehr oder weniger sozialisierte oder kommunalisierte Bauwirtschaft als alleinseeligmachenden Zustand anzusehen schien, klar und unmißverständlich erklärt wurde, daß vor dem Kriege die private Bauwirtschaft trotz erheblicher Schwierigkeiten insbesondere in quantitativer Hinsicht fast ohne staatliche und kommunale Hilfe die gewaltige wirtschaftliche Aufgabe gelöst hatte, die ungeheuren Massen der in die Großstädte und Industriezentren zusammenströmenden Bevölkerung unterzubringen.

Es müßte eigentlich angenommen werden, daß nach dieser rückhaltlosen Anerkennung der Leistungen privater Bautätigkeit in quantitativer Hinsicht seitens des verantwortlichen Ministeriums — denn der anwesende Wohlfahrtsminister klatschte Beifall! — deutlich erkennbare Fingerzeige gegeben werden, mehr als bisher die private Bautätigkeit zu fördern. Der Versuch sollte wenigstens gemacht werden, um die Streitfrage zu lösen, ob die gemeinnützigen Baugesellschaften heute eher als die Privatwirtschaft in der Lage sind, die heutige, in keiner Weise abgeschwächte, Wohnungsnot in den Großstädten zu beseitigen.

Nachdem das Experiment mit dem gemeinnützigen Prinzip keinen durchschlagenden Erfolg gezeitigt hat,

könnte das gleiche Experiment mit der Bevorzugung oder zum mindesten mit der Gleichstellung der privaten Bautätigkeit nicht schaden.

Herr Scheidt verteidigt bei Erörterung dieser Probleme die Tätigkeit der gemeinnützigen Baugesellschaften in technischer Hinsicht. Jeder vorurteilsfreie Kritiker wird ihm recht geben, wenn er feststellt, daß wenigstens die gemeinnützigen Baugesellschaften, die wirklich „gemeinnützig“ sind, heute gut und einwandfrei bauen. Daß gerade die Zahl der Gesellschaften, die nur das Aushängeschild „Gemeinnützig“ vor die Tür gehängt haben, groß ist, wird — und das ist erfreulich! — anerkannt. Aber vielleicht gibt die interessante Debatte im Berliner Stadtparlament, wo Herr Caminsky dem deutschen nationalen Abgeordneten und Ausschußmitglied der Wohnungsfürsorgegesellschaft Fedler mit unmißverständlicher Deutlichkeit erklärte, die Berliner Wohnungsfürsorgegesellschaft sei keine Domäne — oder war das Wort anders? — einzelner Stadtverordneter, die gleichzeitig Architekten sind. Ihnen, Herr Staatssekretär Scheidt, Anlaß, einmal schärfer nachzuforschen, was in Berlin geschieht! — Jedenfalls sei festgehalten, daß trotz schwieriger finanzieller Verhältnisse ohne Hilfe des Staates die Privatwirtschaft vor dem Kriege soviel leistete, daß ein Überschuß an Wohnungen — Herr Scheidt sagt zwar nur Mittel- und Großwohnungen — vorhanden war. Nur der eine, allerdings schwerwiegende Vorwurf wird erhoben, daß die Privatwirtschaft den Bau von Klein- und Kleinstwohnungen vernachlässigte. — Das kann nicht ganz ohne Widerspruch hingenommen werden.

Wenn vor dem Kriege die Mietskaserne entstand mit Hinterhäusern und allem, was wir heute „Wohnungselend“ nennen, so war das — und Ihr klares Urteil bedeutet einen Freispruch der Privatwirtschaft, der man heute alle Schuld an der Mietskaserne gibt, Herr Staatssekretär Scheidt! — nicht Schuld der Privatwirtschaft, sondern des Staates, der es versäumte, Prohibitivmittel zu schaffen.

Man soll für ein solch klares Wort danken! Aber man soll auch die Folgerungen daraus ziehen! Wenn wir heute Gesetze haben, die Ungesundes verhindern und einer gesunden Entwicklung die Richtung weisen, so soll man der Privatwirtschaft, die anerkanntermaßen vor dem Kriege die größten und schwierigsten Aufgaben in dem ihr gegebenen Rahmen löste, Gelegenheit geben, im neuen Rahmen das gleiche zu versuchen. Man wird die Beweise sehen, daß die Privatwirtschaft billigere Häuser und billigere Mieten schaffen wird, als es die Gemeinnützigkeit kann.

Bisher sind die „Feststellungen“, daß gemeinnützige Baugesellschaften billigere Mieten herausbringen, als die Privatwirtschaft, deshalb falsch, weil immer, absichtlich oder unabsichtlich, die Sonderleistungen (billige Zusatzhypotheken usw.) vernachlässigt werden.

Die Feststellungen über die großen Leistungen der Privatwirtschaft und die Verteidigung derselben sind jedenfalls erfreulich zu hören. Aber sie stehen doch im Gegensatz zu der offensichtlich starkverteidigten Politik der preuß. Regierung, die Privatwirtschaft zurückzudrängen und an deren Stelle die Gemeinnützigkeit zu setzen. Diese Zwi-spältigkeit ist menschlich verständlich, aber sie kann nicht gutgeheißen werden. Erkennt man die Tätigkeiten eines Menschen an, so soll man ihm Gelegenheit zum Schaffen geben! —

Der zweite Gedankenkreis behandelt die Zwangswirtschaft und damit die staatliche Unterstützung der Neubautätigkeit.

Es sei gestattet, hier einige leicht mißzuverstehende Gedanken zu deuten: Wenn die ernstzunehmenden Gegner der Zwangswirtschaft auch heute noch von ihrer Gegnerschaft nicht lassen, dann heißt das nicht, daß sie die völlige Aufhebung wünschen. Niemand wird die Begrenzung der Wohnungsmieten in absehbarer Zeit ganz beseitigen wollen. Aber es soll Schluß gemacht werden mit der Beschränkung des Eigentums durch Wohnungsämter und Mieteinigungsämter. Für Streitfälle sind die Gerichte da, und keine Sondergerichte; jene können dafür sorgen, daß das beschränkte Kündigungsrecht der Hauseigentümer nicht verletzt wird. Aber

die ganze Kontrolle, die Zuteilung von Wohnungen an Wohnungsberechtigte u. dgl. ist ein überflüssiger Ballast, eine Beseitigung ist dringend erwünscht.

Jeder vernünftige Bauwirtschaftler wird dem Staatssekretär recht geben, daß eine Aufhebung der Zwangswirtschaft unmöglich ist, aber ein langsamer Abbau überflüssiger Teile derselben ist dringend vonnöten.

Auch ein grundlegender Irrtum muß ausgeräumt werden: Die Hauszinssteuer und die Hauszinssteuerhypotheken haben mit der Zwangswirtschaft nichts zu tun, sie stammen aus einem ganz anderen Wirtschaftskreis, aus der Hypothekenherabwertung. Es ist falsch, da Zusammenhänge zu konstruieren. Im Gegenteil: auch ohne jede Zwangswirtschaft könnte die Neubautätigkeit durch öffentliche Mittel, also durch Hauszinssteuermittel, gefördert werden. Eine Einschränkung der Zwangswirtschaft bedeutet also keine Gefährdung der Hauszinssteuer und der Förderung der Neubautätigkeit mit deren Hilfe. Wenn überhaupt der Neubautätigkeit bzw. ihrer Förderung durch Hauszinssteuermittel eine Gefahr droht, dann nur, weil die Zukunft dieser ganzen sogenannten „Steuer“ in höchstem Grade gefährdet ist. Und es mutet eigenartig an, wenn der Herr Wohlfahrtsminister selbst nur deswegen sich gegen eine Verewigung dieser Steuer durch Umwandlung in eine grundbuchlich gesicherte Rente oder in eine Hypothek wehrt, weil er befürchtet, daß durch eine solche Umwandlung die Mittel für die nächsten 5–6 Jahre schmaler sein könnten, als es bei der Beibehaltung der „Steuer“ der Fall ist.

Weiß der Herr Minister, wie lange die Steuer noch bestehen bleibt, in welcher Höhe, in welcher Form? Man soll nicht aus Furcht — 5 Jahre lang weniger, als gehofft, zu erhalten — das ganze Problem gefährden. Nur in einer baldigen Verankerung der Hauszinssteuer in der Wirtschaft kann die Gewähr gegeben werden, daß die Wohnungsnot überhaupt beseitigt wird. Je länger man aber mit der Lösung dieser wichtigsten Frage der Bauwirtschaft wartet, um so weniger Verständnis wird man im Volke dafür finden, um so größer werden die Widerstände sein und um so größer die vom Minister gefürchteten Abstriche! Die Einzelheiten

dieses Problems sind zu bekannt, als daß noch mehr darüber gesprochen werden müßte! —

Der dritte große Gedankengang des Herrn Staatssekretär Scheidt nennt gewissermaßen die zehn Gebote, ohne die unsere Bauwirtschaft nicht gesunden kann. Man kann diese Gebote samt und sonders unterschreiben. Und es ist erfreulich, daß der Vortragende auch hier mutig gegen Schlagworte vorgegangen ist, die gewissermaßen zum Rüstzeug heutiger „Auch-Bauwirtschaftler“ gehören.

Das Wort vom Bodenwucher, so gern angewandt, wenn es hieß, den alten Grundbesitz als Bodenwucher zu brandmarken und ihn als Hindernis einer gesunden Bauwirtschaft hinzustellen, wird zusammengekoppelt mit dem Wort „Gemeinden“. Endlich einmal ein klares, mannhaftes Bekenntnis, daß von Gemeinden Bodenwucher getrieben wird! Was sagen Sie dazu, Herr Damaschke? — Aber noch mehr! — Der Vortragende sagt an anderer Stelle, daß Flachbau nur möglich sei in Außenbezirken und dort, wo Gemeinden es verstanden haben (!), den nötigen Grund und Boden dafür zu schaffen. Herr Staatssekretär Scheidt, es gibt z. B. in der unmittelbaren Umgebung von Groß-Berlin soviel, so billigen Grund und Boden, daß Sie die vielfache Zahl der gesamten Bevölkerung Groß-Berlins dort in Flachbauten unterbringen können. Aber dann schaffen Sie die Möglichkeiten!

Was nützt es, wenn von der Wichtigkeit der Verkehrsfragen gesprochen wird! Man soll Wege suchen, Verkehrsmittel zu schaffen! Man soll das Dogma von der Rentierlichkeit einer neuen Bahnlinie aufgeben und sie als Erschließungsmittel betrachten. Man soll die Entwicklung der um Großstädte herumliegenden Kreise fördern: Verwaltungsmäßige Umorganisation in Großkreise als Kampfmittel gegen die unsoziale, unerwünschte Ausdehnung der Großstädte, Förderung der Neubautätigkeit in diesen Großkreisen durch Vergrößerung der Hauszinssteuermittel und anderes mehr sind zweifellos geeignet, den Flachbau zu fördern und billiges Siedlungsland zu erschließen.

Aber dazu und zu vielen anderen Notwendigkeiten gehört eine eiserne Hand! Hoffentlich hört man in absehbarer Zeit von einer solchen! —

DIE ERGEBNISSE DER REICHSFORSCHUNGSTAGUNG

SCHLUSSBERICHTE DER FACHGRUPPEN UND SCHLUSSZUSAMMENFASSUNG

Aus dem von Minist.-Rat Herrmann vom preuß. Minist. f. Volkswohlfahrt vorgetragenen Bericht über die Beratungen der Gruppe I, die sich mit Grundrißgestaltung und Hauswirtschaft beschäftigte, sei folgendes hervorgehoben: Die Aussprache stand im Zeichen regster Beteiligung namentlich auch der Hausfrauen. Besonders umstritten war die Frage der Wohnküche. Man einigte sich dahin, daß je nach den örtlichen Bedürfnissen und Gewohnheiten darüber entschieden werden müsse, ob Wohnungen mit oder ohne Wohnküche zu schaffen seien. Die Erziehung zur Wohnkultur, zur richtigen Benutzung einer Wohnung, wurde verlangt.

Die Beratungen über Baustoffe und Bauweisen im Wohnungsbau, mit denen sich die Gruppe II befaßt hatte, wurden von Prof. Dr. Siedler resümiert: Gerade angesichts der Fülle der Probleme, die durch die neuen Baustoffe und Bauweisen und durch deren Wettbewerb mit den alten entstanden sind, dränge sich die Notwendigkeit in den Vordergrund, daß Baustoffe und Bauweisen in viel größerem Umfange als bisher in den Lehrplänen der Technischen Hochschulen, den Baugewerkschulen und der Handwerkerschulen eine Rolle spielen müssen. Alle technischen Lehranstalten Deutschlands hätten die Pflicht und die Möglichkeit, an den von der Reichsforschungsgesellschaft verfolgten Zielen in erster Linie dadurch mitzuarbeiten, daß sie den Nachwuchs auf die Bedeutung hinweisen, die die Baustoffe und Bauweisen für die Weiterentwicklung unserer Bau- und Wohnkultur haben. „Es ist jetzt nicht die Zeit, von Baukunst zu sprechen, aber um so mehr notwendig, eine Bauwissenschaft, d. h. die Wissenschaft des Bauens zu entwickeln.“ Vieles könne aber nicht

getan werden, weil die für die entsprechende Entwicklung dieses Hochschulbetriebes erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung stehen und trotz aller Bemühungen bisher nicht bewilligt worden sind. „Wenn die Hochschulen den jungen Studenten in die praktischen Fragen der Baustoffe einführen sollen, brauchen sie Versuchswerkstätten, Versuchsfelder, Laboratorien u. dgl. Alles das fehlt.“

Die Reichsforschungsgesellschaft mußte natürlich zunächst mit ihren Arbeiten sehr in die Breite gehen und die Tagung hat gezeigt, daß dieses Ziel auch erreicht worden ist. Beim Aufbau einer Wissenschaft, der Wissenschaft vom vernünftigen, vom wahrhaften und rationellen Bauen, muß aber auch in die Tiefe gegangen werden. Bei der jetzigen Organisation der Reichsforschungsgesellschaft erscheint sie jedoch dazu nicht in der Lage, wengleich ihre innige Verbindung mit den im Bauwesen produktiven Kräften, den Architekten und den Kreisen der Bauindustrie, des Bauhandwerks, der Baustoffindustrien und der Verbraucher und Hausfrauen für alle Beteiligten von größtem Werte ist. Man müßte die Hoffnung hegen, daß es der Reichsforschungsgesellschaft gelingen werde, die für sie notwendige Zukunftsentwicklung in die Tiefe zu gestalten.

Mit dem Sondergebiet Heizungseinrichtungen und Installationen hatte sich die Gruppe III beschäftigt, über deren Beratungen von Minist.-Rat Scholtz vom preuß. Wohlfahrtsministerium berichtet wurde.

Die besonders wichtigen Fragen des Städtebaues und Straßenbaues waren von Gruppe IV behandelt worden. Ob.-Reg.-Rat Dr. Rapaport, Essen, legte als neue bzw. bevorzugt weiter zu bearbeitende Aufgaben dar:

1. Ermittlung der Zweckmäßigkeit von Baublock und Bauzeile, bei letzterer insbesondere Zweckmäßigkeit der Länge der Bauzeile, Ausgestaltung des Zuganges als Fahrstraße oder Wohnweg.
2. Ermittlung der Verkehrsdichte in Siedlungsstraßen und der sich hieraus ergebenden Breitenanordnung und Befestigungsart der einfachen Wohnstraßen.
3. Ermittlung von Einheitssätzen für die Straßenkosten unter Zugrundelegung einheitlicher Preise und unter Einrechnung sämtlicher Nebenkosten, wie Leitungen, Abwasserkanäle usw.; Umrechnung dieser Kosten auf das Quadratmeter Wohnfläche.
4. Ermittlung der Grenzen wirtschaftlicher und wohnverkehrs-techn. Art für die Zahl der übereinander anzuordn. Geschosse.
5. Prüfung des Einflusses des gesetzlichen Bauverbots auf die Geländeerschließung und Prüfung der Notwendigkeit der Einführung eines Bauzwanges zur Fortsetzung begonnener Reihenbebauung.
6. Weiterführung und Zusammenfassung städtebaulicher Statistik ausgeführter Siedlungen als Grundlage bei der Vorbereitung neuer städtebaulicher Maßnahmen.

Die Beratungen der Gruppe V über Betriebsführung und technische Prüfverfahren gipfelten in folgenden Forderungen, die von Prof. Dr. Garbotz vorgetragen wurden:

1. Verbreiterung der Arbeitsbasis durch Einbeziehung der ganzen Bauwirtschaft in den Aufgabenkreis der Reichsforschungsgesellschaft um die gerade auf betriebstechnischen Gebieten weiterreichenden Erfahrungen der Nachbargemeinden von Tief- und Straßenbau für die Rationalisierung des Wohnungsbaues nutzbar zu machen.
2. Paritätischere Besetzung der Arbeits-, Sachverständigen- und Verwaltungsgremien mit Vertretern aus Architekten-, Unternehmer-, Verbraucher- und Wissenschaftskreisen.
3. Rationalisierung des Arbeitsverfahrens durch Zusammenlegung der auf den gleichen Gebieten der Betriebsführung Hand in Hand arbeitenden Ausschüsse zu einer Arbeitsgruppe, die bei sparsamstem Zusammentritt lediglich die Richtung weist, während die eigentlichen Arbeiten gegen Bezahlung durch Institute oder Einzelforscher ausgeführt werden, die der Gruppe verantwortlich sind. Dabei wäre es zu begrüßen, wenn der Institutsgedanke organisch in der RFG. verankert würde.
4. Mitarbeit an einem geeigneten schulmäßigen Unterbau, der bereits auf den Fach- und Hochschulen den angehenden Architekten und Bauingenieuren das erforderliche Verständnis und die Kenntnisse für die betriebswissenschaftl. Gedankengänge beibringt.
5. Ausarbeitung von Vorschlägen für ein Reichsmantelgesetz und eine Reichsbauordnung in Verbindung mit der Vereinigung der höheren Baupolizeibeamten und den Vertretern der Länder, um der Gefahr von Sonderregelungen an verschied. Stellen vorzubeugen.
6. Vereinheitlichung und Vereinfachung der Ausschreibungsbedingungen und der Kostenberechnungen in Verbindung mit dem Normenausschuß und mit den bereits auf diesen Gebieten tätigen Unternehmerkreisen, um zu einwandfreien und vergleichsfähigen Kostenanschlägen zu kommen, evtl. Zwang nach amerikanischem Muster vor Belichtung.
7. Zwangsweise Einführung der vom Normenausschuß herausgegebenen Normen bei den von der Reichsforschungsgesellschaft unterstützten Bauten.
8. Anwendung der Eignungsprüfung für die Banarbeiter und Bauhandwerker unter Zuhilfenahme der Gewerkschaften.
9. Ausdehnung der Schall-, Wärme- und Festigkeitsversuche, um zu Normen für die Anforderungen an die auf dem Markt befindlichen Baustoffe zu gelangen.

Die Schlussfolgerungen, die sich aus den Arbeiten der einzelnen Gruppen für die weitere Tätigkeit der Reichsforschungsgesellschaft ergeben, wurden von Prof. D. Bartning gezogen. Mit ihrer Tagung sei die Reichsforschungsgesellschaft an dem Wendepunkt von der sammelnden und ordnenden Analyse zur schöpferischen Synthese gelangt. Es müßten nunmehr die Arbeitspläne für weitere methodische Versuche, vor allem der Arbeitsplan für die Haselhorster Siedlung der Reichsforschungsgesellschaft geschaffen werden. Diese Aufgabe hat ein kürzlich gebildeter Dreierausschuß, bestehend aus Professor Bartning, Baurat Lübbert und Professor Mebes, übernommen. Eine begrenzte Zahl ganz bestimmter und wesentlicher Probleme soll herausgestellt und zu klaren Versuchsreihen geordnet werden. Beispielsweise: ein bestimmter Grund-

riß für den zweigeschossigen, dreigeschossigen usw. Wohnungsbau. Untersuchungen über Baukosten, Belichtung, Wohnbarkeit, Geländeverbrauch, Straßenbau usw. Nur die Beschränkung auf ganz bestimmte Versuche und nur eine solche durchaus methodische Zerlegung der Versuchsreihen ergebe die Möglichkeit, schließlich eine Diagonale für das Optimum zu ziehen und damit greifbare und gültige Resultate zu erzielen. Selbstverständlich seien den Versuchsreihen auf einem Laboratoriumsfeld zahlreiche Einzelversuche beizufügen, vielfach auch vorzuschalten. Diese Aufgabe erfordere mehr als fleißige Stoffsammlung, wie sie größere Gremien ihrem Wesen nach leisten können, sie erfordere mehr als analytische Problemstellung, wie sie die Ausschüsse geben können, sie erfordere synthetische Arbeit und schöpferische Phantasie. Eine solche Arbeit könne nur von Einzelpersonlichkeiten unter voller Verantwortung und vollem Kräfteinsatz geleistet werden, und die Erforschung und Auswertung könne nur ebenso von einzelnen vollamtlichen Forschern durchgeführt werden, die die wissenschaftlichen Methoden der Erforschung und Auswertung mit spekulativem Weitblick finden und erfinden. Alles, was an Stoff, an Formen, Typen, Vorschlägen, Modellen oder Methoden von der freien Wirtschaft herausgetragen und von den Ausschüssen der Reichsforschungsgesellschaft gesammelt wurde und weiter gesammelt werden sollte, bedürfe der systematischen Untersuchung und Auswertung nach wissenschaftlichen, d. h. völlig freien Methoden und nach einheitlichen, d. h. also unabhängigen und eindeutig lesbaren Maßstäben. Arbeiten, die nicht aus der freien Zeit vielbeschäftigter Fachleute herauszuholen seien, Arbeiten, die nur aus der Zusammenfassung und gegenseitigen Ergänzung einzelner Forscher sowie heranzuziehender oder zu bildender Institute hervorgehen könnten — solche Arbeit werde dann zu reifen und klaren Erkenntnissen und Ergebnissen führen, wie sie von der freien Wirtschaft und der freien Fachwelt erwartet werden und wie sie die Lage des gesamten Bau- und Wohnungswesens dringend erfordert.

Die Tagung habe diese Forderung und Erwartung der freien Fachwelt aufgezeigt und damit zugleich erwiesen, daß die Fachwelt hinter der Arbeit der RFG. und hinter der nun einzuschlagenden Entwicklung ihrer Arbeit stehe.

Die RFG. habe die sammelnde und problemstellende Tätigkeit ihrer Ausschüsse unter Benutzung aller auf der Tagung erhaltenen Anregungen weiter auf das ganze Gebiet zu erstrecken und sie habe sie zu konzentrieren auf die kommenden praktischen Versuche an verschiedenen Stellen des Reichs, insbesondere auf die Reichsforschungssiedlung, und sozusagen auf ein Forschungsinstitut; beide seien untrennbare Korrelate. Für die Reichsforschungssiedlung sei der Arbeitsplan und die Gestalt, für das Reichsforschungsinstitut sei Arbeitsplan-Etatplan, innere Konstruktion und wirtschaftlicher Verband alsbald aufzustellen.

Dieser Plan dürfe nicht unter dem Zeichen des Abbaues, sondern er müsse mit dem Mut der Verantwortung aufgebaut werden, denn er bedeute nichts geringeres als Abbau unwirtschaftlicher Verworfenheit, Abbau schädlicher Leerläufe, Abbau vor allem der Wohnungsnot unseres Volkes. So aber stelle sich die vielleicht zuweilen schwankend oder unwesentlich erscheinende Linie der Arbeit der RFG. dar, als eine klare ansteigende Linie, von der empirischen Tätigkeit über sammelnde Analyse zur schöpferischen Synthese, von dem Typenausschuß über die RFG. zur Reichsforschungssiedlung und zum Reichsforschungsinstitut. —

STEUERFRAGEN

Die freien Berufe und die Gewerbesteuer in Preußen. Wir haben seiner Zeit über die Vorlage betr. die Neuregelung der Gewerbesteuer und die Einbeziehung der freien Berufe sowie über die Proteste aus diesen Kreisen berichtet. Die Vorlage hat dann die nach Ablehnung durch den Staatsrat erforderliche

Zweidrittelmehrheit im Landtag nicht gefunden. Die Regierung hat darauf die Verlängerung der jetzigen Bestimmungen unter Fortlassung der freien Berufe erneut eingebracht, die z. Z. des Abschlusses dieser Nummer in 2. Lesung genehmigt war. Es wurde auch ein Antrag des Zentrums angenommen, bei Regelung der Gewerbesteuer durch das Reich, die Einbeziehung der freien Berufe wieder anzustreben. —

Wochenbeilage zur Deutschen Bauzeitung Nr. 35. Inhalt: Wichtige Aufgaben der Gegenwart und Zukunft auf dem Gebiet des deutschen Wohnwesens — Die Ergebnisse der Reichsforschungstagung — Steuerfragen —

Verlag Deutsche Bauzeitung G. m. b. H., Berlin — Für die Redaktion verantw.: Fritz Eiselen, Berlin — Druck: W. Büxenstein, Berlin SW 48